

Die „Gutachteritis“ ist wieder ausgebrochen

Steuerzahlerbund kritisiert Ausgaben der Ministerien

Stuttgart (dpa/lsw). Der Steuerzahlerbund Baden-Württemberg hat den Ministerien vorgeworfen, zu viele Gutachten extern zu vergeben und damit Steuermittel zu verschwenden. „Nachdem der Rechnungshof die Gutachteritis kritisch unter die Lupe genommen hatte, haben sich die Ministerien eine Zeit lang zurückgehalten. Nun ist sie leider wieder ausgebrochen“, sagte der Landesvorsitzende Wilfried Krahwinkel. Die Ministerien seien mit viel Sachverstand ausgestattet. „Insofern wird der Steuerzahler zweimal abkassiert, wenn trotzdem Gutachten nach außen vergeben werden.“

Die Zahl der Gutachten in den Jahren 2006 und 2007 lag nach Angaben des Verbandes bei 114 – das sind über 50 Prozent mehr als in den beiden Jahren zuvor. Die Auftragskosten verdreifachten

sich mit 5,3 Millionen Euro beinahe. Anfang 2005 hatte der Rechnungshof die CDU/FDP-Landesregierung wegen der Vergabe von Gutachten gerügt: In vier von fünf Fällen hätten die Ministerien Beratungsaufträge freihändig erteilt, ohne ein Vergleichsangebot einzuholen. In den Jahren 2000 bis 2004 habe das Land 22 Millionen Euro für 336 externe Beratungsleistungen ausgegeben.

Nach dieser Kritik kam es zu vorübergehender Bescheidenheit. So wurde im Jahr 2005 nur rund eine Million Euro für Gutachten ausgegeben. „Doch der erneute Anstieg von 2006 noch 1,5 Millionen auf 3,8 Millionen Euro in 2007 ist alarmierend“, betonte Krahwinkel. Der Stand von 2004/2005 müsse der Maßstab sein. Der oberste Steuerzahler mahnte die Ministerien überdies, alle Gutachten auszuschreiben. „Die

freihändige Vergabe sollte die absolute Ausnahme sein, ist aber zur Regel geworden.“

Auch die SPD im Landtag plädierte für mehr Transparenz. „Es muss klare Vergabekriterien geben“, sagte SPD-Fraktionssprecher Helmut Zorell. Das Vergaberecht gilt für die Gutachten meist zwar nicht, da die Grenze für freiberufliche Aufträge von 206 000 Euro nicht überschritten wird. Die Landeshaushaltsordnung legt aber generell die Ausschreibung fest, sofern nicht besondere Umstände – etwa nur ein einziger Anbieter – eine Ausnahme von dieser Regelung rechtfertigen. Mit 909 560 Euro griff das Wirtschaftsministerium 2007 am tiefsten

in die Tasche. Allein 120 000 Euro ließ sich das Ressort von Ernst Pfister (FDP) eine Studie zur „Abwanderung von Arbeitskräften aus Baden-

**Auftragssumme schnellte
auf 5,3 Millionen Euro hoch**

Württemberg“ kosten. „Das ist ein typisches Beispiel dafür, wie mit ein wenig Internet-Recherche und einigen Telefonaten das Thema innerhalb kurzer Zeit im Ministerium hätte erarbeitet werden können – Steuergeldvernichtung“, kommentierte Zorell.

Ein Ministeriumssprecher spricht dagegen von „gut investiertem Geld“. Denn es sei fahrlässig, angesichts neuer wirtschaftspolitischer Herausforderungen wie Fachkräftemangel keinen externen Sachverstand hinzuzuziehen.

Zu den ausgabefreudigen Ministerien gehörte im vergangenen Jahr mit 761 849 Euro an Gutachten-Ausgaben auch das Ressort von Agrarminister Peter Hauk (CDU). Teuer waren vor allem zwei Gutachten zur Bewertung der Verwaltungsreform im Forstbereich – denn diese Reform ist immer noch heftig umstritten.